

WALL STREET JOURNAL

WALL STREET JOURNAL ROM

Jetzt droht auch Italiens Hauptstadt der Bankrott

Veröffentlicht am 02.03.2014 | Lesedauer: 8 Minuten

Von Christopher Emsden, WSJ.de



Touristenattraktion Kolosseum: Weil der neue italienische Premier Matteo Renzi der Stadt keine Staatshilfe in Aussicht stellen mag, droht Rom der Bankrott

Quelle: dpa

Roms Stadtväter müssen ein riesiges Haushaltsloch stopfen. Gelingt ihnen das nicht, droht wie in Detroit die Zwangsverwaltung. Doch die Pleite der Hauptstadt würde eine Kettenreaktion auslösen.

Gleich am ersten Tag seiner Amtszeit plagte den neuen italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi eine folgenschwere Entscheidung: Er musste der Hauptstadt Rom die staatliche Finanzhilfe entziehen und bringt die Ewige Stadt damit an den Rand des Bankrotts.

Renzi rief ein Dekret seines Vorgängers zurück, das Rom geholfen hätte, ein 816 Millionen Euro großes Haushaltsloch zu stopfen. Zuvor war bei Debatten der Opposition deutlich geworden, dass der Gesetzentwurf nicht durchs Parlament gekommen wäre.

Um einen neuen Erlass aufzusetzen, wird Renzi Zeit und politisches Kapital einsetzen müssen – Energie, die er in der ersten Woche im Amt eigentlich darauf verwenden wollte, die versprochenen Großreformen des italienischen Arbeitsmarktes und des Wahlrechts anzustoßen.

Schlimmere Folgen hat der Rückzug für die Stadtväter von Rom. Sie müssen Zeit gewinnen, um nach neuen Möglichkeiten zu suchen, das Finanzloch zu stopfen. Dabei stehen ihnen lediglich unliebsame Optionen zur Wahl, darunter Einschnitte im öffentlichen Dienst, Steuererhöhungen oder verzögerte Zahlungen an Lieferanten.

Detroit lässt grüßen

Sollte es ihnen nicht gelingen, die Finanzen der Stadt in Ordnung zu bringen, könnte Rom bald ähnlich wie die amerikanische Pleitestadt Detroit einem Zwangsverwalter unterstellt werden. Der müsste sich dann daranmachen, städtisches Vermögen wie Versorgungsbetriebe zu verkaufen.

„Es ist an der Zeit, mit den Rechenricks aufzuhören und Roms Zahlungsunfähigkeit zu verkünden“, sagt Guido Guidesi, ein Abgeordneter der rechtspopulistischen Partei Lega Nord, die gegen staatliche Finanzhilfe für Rom ist.

Roms Bürgermeister Ignazio Marino hatte im vergangenen Jahr die Kommunalwahl mit großen Versprechungen gewonnen. Er wollte Schluss machen mit der Vetternwirtschaft, er wollte städtische Basisdienstleistungen verbessern, und er wollte den Tourismus ankurbeln.

Eine seiner Initiativen etwa sah vor, die Römischen Kaiserforen zu beleuchten und die ganze Nacht lang für Besucher zu öffnen. Stattdessen aber hatte er bisher vor allem damit zu tun, den Haushalt der Stadt zusammenzuhalten.

Wunsch nach einer Sonderzahlung

Jetzt ließ Marino durchblicken, dass er keine tiefen Einschnitte plane. Der Vorsitzende des Stadtrats, Mirko Coratti, aber warnte vor den weitreichenden Folgen einer Pleite Roms. „Eine Zahlungsunfähigkeit der italienischen Hauptstadt würde eine Kettenreaktion auslösen, welche sich quer durch die nationale Wirtschaft ziehen könnte“, sagte Coratti.

Kernstück in den Plänen des Bürgermeisters: Er hatte die nationale Regierung um eine Überweisung in Höhe von 485 Millionen Euro gebeten. Das sollte Rom für die Zusatzkosten entschädigen, die der Stadt aus ihrer Rolle als wichtiges Touristenziel, als Hauptstadt und Sitz des Vatikans entstehen.

„Rom ist im Vergleich mit anderen Städten einzigartig“ und habe besondere staatliche Unterstützung verdient, sagte Marino in einem Interview. Immerhin pilgerten immens viele Besucher in die Stadt und nähmen die öffentlichen Dienstleistungen in Anspruch, trügen aber selbst kaum zur Wirtschaft bei.

Schwarzfahrer schaden der Stadtkasse

Aber schon vor dem Abtreten der Regierung unter Premier Enrico Letta Mitte Februar hatte der Vorschlag einer Sonderzahlung an Rom Beschwerden ausgelöst. Eine solche Überweisung sei unfair, wenn man bedenke, wie schwer es andere italienische Städte hätten, hieß es.

Seit Langem hadert Rom schon mit seiner Finanzlage. Aus Mangel an größeren Gewerben hängt die Stadt stark von Einnahmen aus Müllabfuhrgebühren und dem Verkauf von Bus- und U-Bahn-Tickets ab.

Und selbst das fällt Rom schwerer als anderen europäischen Großstädten. Etwa jeder vierte Fahrgast fährt schwarz im römischen Verkehrssystem. Rund 100 Millionen Euro verliert die Stadt dadurch jährlich an Einnahmen. In London etwa fahren nur circa zwei Prozent aller Passagiere ohne Ticket.

Gleichzeitig machen Mitarbeiter bei den öffentlichen Verkehrsdiensten und der Müllabfuhr regelmäßig blau. Der Anteil solcher Fehlzeiten liegt bei bis zu 19 Prozent und damit weit über dem nationalen Durchschnitt.

Italiens Wirtschaft ist geschrumpft

Vor sechs Jahren erst sollte Rom ein finanzieller Neuanfang ermöglicht werden: Städtische Schulden von rund zwölf Milliarden Euro kamen in einen Sonderfonds, den die nationale Regierung subventionierte und mit Garantien versah. Aber seitdem ist die italienische Wirtschaft um fast zehn Prozent geschrumpft.

Das ließ die Steuereinnahmen genau dann versiegen, als nationale Sparprogramme den Kommunen neue Sonderkosten aufbürdeten.

Schon bevor der neue Ministerpräsident Renzi den „Rettet Rom“-Erlass kippte, hatte sich Roms Bürgermeister zu schweren Entscheidungen durchringen müssen. Er hob die Krematoriums- und Friedhofsgebühren an und schmiedete Pläne zur zentralen Steuerung des städtischen Beschaffungswesens. Dadurch soll Rom nach Marinos Angaben jährlich rund 300 Millionen Euro sparen.

Höchst unpopuläre Maßnahmen drohen

Jetzt aber, wo die Staatshilfe wegfällt, wird er möglicherweise noch einen Aufschlag auf die Einkommen- und Immobiliensteuern erheben müssen, die bereits zu den höchsten Steuern im Land gehören.

Außerdem könnte er die Löhne der 20.000 städtischen Angestellten kürzen müssen oder kommunale Dienstleistungen wie Kindergärten oder berufliche Weiterbildungsprogramme stützen. Auch das wären höchst unpopuläre Maßnahmen.

Die politischen Folgen könnten schwerwiegend sein. Der Bürgermeister von Taranto, einer Stadt im Südosten, die im Jahr 2006 Schulden von 637 Millionen Euro nicht mehr bezahlen konnte, rutschte nach ähnlichen Einschnitten auf die niedrigsten Umfragewerte im ganzen Land.

Italiens neuer Ministerpräsident Matteo Renzi, der selbst bis vor Kurzem noch Bürgermeister von Florenz war, dürfte recht bald ein neues Dekret für Rom aufsetzen – zu welchen Bedingungen, ist allerdings unklar. Renzi hat gesagt, er wolle den Kommunalverwaltungen mehr Haushaltsspielraum gewähren.

Roms Bevölkerung hat sich verzehnfacht

Damit läuft er aber Gefahr, die Kritik anderer Bürgermeister auf sich zu ziehen, deren Rückhalt er bei seiner geplanten institutionellen Reform im Land dringend braucht. „Wenn man notwendige kommunale Einschnitte hinauszögert, verschwinden sie nicht, sie tauchen nur später auf“, sagt etwa Alessandro Cattaneo, der Bürgermeister von Pavia, der im Lager der Konservativen als neuer Aufsteiger gefeiert wird.

Zudem könnten harsche Einschnitte dazu führen, dass sich die Wachstumsprobleme Roms nur noch verschärfen. Die Stadt, in die jährlich rund zehn Millionen Touristen reisen, muss die Bedürfnisse ihrer historischen Altstadt mit denen ihrer dürftig ausgestatteten Peripherie in Einklang bringen.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung Roms verzehnfacht. Nur wenige Touristen sehen die ausufernden Randbezirke der Stadt, dort aber leben mehr als 80 Prozent der rund 2,6 Millionen Einwohner Roms.

Städtische Verkehrswege sind marode

Fast 400.000 Menschen leben auf der anderen Seite der verkehrsreichen Ringstraße um die Hauptstadt. Die meisten von ihnen sind nicht an das öffentliche Transportnetz angeschlossen und müssen aufs Auto zurückgreifen, um zur Arbeit zu kommen. In Rom kommen 978 Autos auf je 1000 Einwohner – mehr als zweimal so viele wie in Paris und fast dreimal so viele wie in London.

Heftiger Regen beschädigte die Straßen jüngst so stark, dass die Reparaturbedürftigkeit der städtischen Verkehrswege jetzt mehr als offenkundig ist.

Wenn die grundlegenden Dienstleistungen nicht verbessert werden, „werden die Leute einfach wegziehen ... und Rom wird wie Venedig enden“, das heute eine kleine und alternde Bevölkerung besitzt, sagt Francesco Rosso. Der Geologe nimmt seit 20 Jahren drei Stunden Fahrtzeit ins Stadtzentrum auf sich.

Tourismus ist kein Allheilmittel

Der Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle für die Stadt, aber bei Weitem kein Allheilmittel. Roms Touristenanteil sei pro Kopf nur halb so groß wie der von Florenz, sagt Pierluigi Testa, der eine Bürgerinitiative leitet.

Und das Geschäft mit Tagungsgästen – eine lukrative Nische – ist in Rom seit dem Jahr 2000 nur um zwölf Prozent gewachsen, während der Konferenztourismus weltweit um 52 Prozent zugelegt hat, berichtet Bürgermeister Marino.

Ohnehin bringt der Massentourismus häufig Probleme mit sich. Die große Beliebtheit von Papst Franziskus etwa hat eine Welle von Touristen nach Rom geschwemmt. Fünf Millionen Pilger werden allein bei der Heiligsprechung von Papst Johannes Paul II. und Papst Johannes XXIII. im April erwartet.

„Pilger können ebenso sehr Fluch wie Segen sein“, sagt Marino, der zur Arbeit radelt und sich selbst eine Gehaltskürzung von zehn Prozent verpassen will. Viele Touristen „kommen in riesigen Bussen, haben ihr Mittagessen schon fertig gepackt dabei und hinterlassen eine Müllschneise anstatt Einkaufsquittungen“.

Auch Neapel steht vor der Bankrotterklärung

Schließlich könnte der Ruf nach einer staatlichen Sonderzahlung für Rom andere finanzschwache Städte dazu verleiten, ebenfalls um Hilfe zu bitten – obwohl Italiens Staatskasse bereits ordentlich strapaziert ist.

Neapel steht kurz vor einer Bankrotterklärung. Und die Stadt Reggio Calabria wird zwar bereits seit drei Jahren von einem Sonderaufseher verwaltet, dürfte aber trotzdem 694 Millionen Euro Schulden nicht mehr zurückzahlen können, belegt der italienische Rechnungshof.

Einige Politiker fordern, Rom solle Betriebe wie Acea verkaufen, den Energieversorger, der rund 1,8 Milliarden Euro wert ist und zu 51 Prozent der Stadt gehört.

Sollte es Rom nicht gelingen, das Haushaltsloch zu schließen, würde der italienische Innenminister einschreiten und kommissarisch einen Beauftragten ernennen, der knallhart Kosten senken und die Einnahmen erhöhen müsste. Dann würde es wohl heftige Jobverluste und Gehaltskürzungen geben.

Bürgermeister Marino hat schon angedeutet, dass er bei einem solchen Szenario möglicherweise zurücktreten werde: „Das ist keine Jobbeschreibung, die ich akzeptieren würde.“

Dieser Artikel ist zuerst erschienen unter dem Titel „Rom steht vor dem Bankrott“ beim „Wall Street Journal Deutschland“.